

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>EINLEITUNG</u> =====	1
<u>1. TEIL: Qualifizierung öffentlicher Abgaben</u>	8
A. Arten von öffentlichen Abgaben	8
B. Vorrang der materiellen Qualität vor der Bezeichnung	10
<u>2. TEIL: Der Steuerbegriff</u>	16
A. Die Steuerertragsberechtigung	18
B. Das Merkmal der Einnahmeerzielung	20
C. Keine Gegenleistung für eine besondere Leistung	22
<u>3. TEIL: Der Gebührenbegriff</u>	26
A. Aussagen des Grundgesetzes	26
B. Die bundesverfassungsgerichtliche Gebühren- judikatur	27
C. Die historische Entwicklung des Gebühren- begriffs	32
D. Zum Stand der neueren Gebührendiskussion	35
I. Der formale Gebührenbegriff	36
1. Der Gebührenbegriff Wilkes	36
2. Der Gebührenbegriff Kloepfers	41
3. Der Ansatz F. Kirchhofs	42
II. Der materielle Gebührenbegriff	44
III. Auswirkungen der Zugrundelegung eines materiellen oder formellen Gebühren- begriffs	52
IV. Verfassungssystematische und verfassungs- inhaltliche Gesichtspunkte als Direktiven für den Gebührenbegriff	53
1. Der zweigliedrige Gebührenbegriff	54
2. Die Grenzen staatlicher Gebühren- gewalt	56
V. Die lenkende Gebühr	59

4. TEIL: Sonderabgaben

	63
A. Die bundesverfassungsgerichtliche Sonderabgabenjudikatur	65
I. Das Urteil zur Berufsausbildungsabgabe (BVerfGE 55, 274)	65
1. Das Merkmal der Gruppenhomogenität	73
2. Das Merkmal der besonderen Gruppenverantwortung	73
3. Das Merkmal der gruppennützigen Verwendung des Abgabebaufkommens	75
4. Das Erfordernis der periodisch wiederkehrenden Legitimation der Abgabe	76
5. Stellenwert der Berufsausbildungsabgabeentscheidung	77
II. Das Urteil zur Schwerbehindertenabgabe (BVerfGE 57, 139)	80
III. Das Urteil zum Investitionshilfegesetz (BVerfGE 67, 256)	86
IV. Zum Widerspruch zwischen Schwerbehindertenabgabenteil und Investitionshilfeteil	88
V. Exkurs: Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Baden-Württembergischen Naturschutzgesetz (BVerfGE 74, 308)	94
VI. Die Entscheidung zur Künstlersozialabgabe (BVerfGE 75, 108)	98
VII. Die Entscheidung zur Fehlbelegungsabgabe (BVerfGE 78, 249)	102
B. Die Sonderabgabendiskussion in der Rechtswissenschaft	105
I. Erste Systematisierungsversuche	105
II. Tendenzen der neueren Sonderabgabenliteratur	109
1. Das Merkmal der Gegenleistung als geeignetes Unterscheidungsmerkmal zwischen Sonderabgaben und Steuern?	110
a) Die Auffassung Henselers	111
b) Der Ansatz Heuns	111
c) Puwallas um Typenkonstanz öffentlicher Abgaben bemühter Versuch	115
2. Das Merkmal der Einnahmeerzielung als Abgrenzungskriterium?	120
a) Der Ansatz Henselers	120
b) Die Auffassung Heuns	122

3. Selmers Unterscheidung zwischen parafiskalischen und reaktiven Sonderabgaben	125
4. Die Auffassung von Jarass: Gefährdung der Finanzverfassung durch die Steuer- ähnlichkeit einer Abgabe als zentrales Kriterium	131
5. Das offene Sonderabgabensystem P. Kirchhofs	139
C. Versuch einer Orientierung	142
D. Erkenntnisse im Hinblick auf den Beitrag	150
<u>5. TEIL: Beiträge</u>	158
<u>1. Abschnitt: Zum Stand der bisherigen Beitrags- diskussion</u>	158
A. Die Kennzeichnung der Beiträge als eigen- ständige Abgabenart durch F.J. Neumann	158
B. Erste finanzwissenschaftliche Stellungnahmen	159
C. Zur finanzwissenschaftlichen Beitrags- terminologie	161
D. Die erste juristische Beitragsdefinition in § 9 Pr.KAG	162
E. Die Ausprägung des Beitragsbegriffs durch Otto Mayer	163
F. Der Beitrag aus der Sicht Fleiners	166
G. Die Abgrenzung des Beitrags von der Steuer	168
I. Der Beitrag als "Mittelding zwischen Gebühr und Steuer" (W. Jellinek)	168
II. Vom Vorteil zur Vorteilsfiktion (Der formale Beitragsbegriff)	169
III. Der Kollektivbezug des Beitrags	178
IV. Die Beitragsjudikatur des Bundes- verfassungsgerichts	179
V. Die Beitragsrechtsprechung des Bundes- verwaltungsgerichts	182
VI. Gemeinsamkeiten der Gebühren- und Beitragsdiskussion	184
H. Die Abgrenzung des Beitrags von der Gebühr	185
J. Weiterer Gang der Untersuchung	191

<u>2. Abschnitt:</u>	Der Beitrag aus der verfassungsrechtlichen Sicht des Grundgesetzes	193
A.	Das Recht zur Beitragsgesetzgebung als Annexkompetenz	193
B.	Die Existenz besonderer Zuständigkeiten für die Steuergesetzgebung als weiterführende Direktive	195
	I. Der verfassungsrechtliche Steuerbegriff	197
	1. Staatliche Geldeinnahmen	198
	2. Hoheitlich auferlegte Zwangsleistung	198
	3. Zur Deckung des Finanzbedarfs der öffentlichen Hand	199
	4. Keine Gegenleistung für eine besondere Leistung	199
	II. Der verfassungsrechtliche Beitragsbegriff	201
	1. § 1 Abs. 1 RAO als Hilfsmittel zur Bestimmung des verfassungsrechtlichen Beitragsbegriffs	202
	a) Die "besondere Leistung" im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 RAO	205
	b) Der Gegenleistungsbegriff des § 1 Abs. 1 RAO	212
	aa) Das formale Verständnis des Gegenleistungsbegriffs	214
	(1) Der formale Gegenleistungsbegriff Kloepfers	215
	(2) Die Auffassung Wilkes	216
	(3) Die besondere Problematik des formellen Gegenleistungsbegriffs	217
	bb) Der materielle Gegenleistungsbegriff	219
	(1) Die Auffassung von Vogel und Walter	219
	(2) Der materielle Gegenleistungsbegriff Puwallas	220
	cc) Ergebnisorientierter Vergleich des formellen und materiellen Verständnisses der Gegenleistungsfunktion	224
	dd) Die spezifische Problematik eines weiten materiellen Verständnisses der Gegenleistungsfunktion	226

2. Verfassungssystematische und -inhaltliche Direktiven für die Qualifizierung nichtsteuerlicher (Gegenleistungs-)Abgaben	228
a) Allgemeiner Rechtfertigungsbedarf jeder Abgabe	229
aa) Rechtfertigungsbedarf gegenüber Art. 2 Abs. 1 GG	229
bb) Rechtfertigungsbedarf gegenüber Art. 14 GG	230
cc) Rechtfertigungsbedarf gegenüber dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	234
b) Besonderer Rechtfertigungsbedarf der nichtsteuerlichen Abgaben	236
c) Rechtfertigung des "Ob" und "Wie" der Abgabenerhebung	238
3. Auswirkungen dieser Betrachtung im Hinblick auf den Gegenleistungsbegriff	240
4. § 9 des Preußischen Kommunalabgabengesetzes als Ausprägung des historisch gewachsenen Beitragsverständnisses	241
a) Stellenwert des Preußischen Kommunalabgabengesetzes	242
b) Das Beitragsverständnis vor Inkrafttreten des Preußischen Kommunalabgabengesetzes	245
aa) Schrifttum	245
bb) Gesetzgebung	250
cc) Zur Entstehungsgeschichte des § 9 Pr.KAG	254
c) Die Vorteilhaftigkeit der staatlichen Leistung als Rechtfertigungselement des Beitrags und die nähere Ausprägung durch die Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts	258
d) Die Weiterentwicklung des Beitragsrechts	261
aa) Literatur	261
(1) Otto Mayer	261
(2) Fleiner	263
(3) W. Jellinek	264
bb) Gesetzgebung	265
cc) Rechtsprechung	269

e) Die vorteilhafte staatliche Leistung	270
aa) Materielle Sichtweise	271
bb) Vorteilsvermutung als gesetzestechnisches Hilfsmittel	271
cc) Ausgleich von Vorteilen und Lasten im Hinblick auf die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen	275
dd) Die lediglich potentielle Begünstigung	276
5. Bemessung von Beiträgen	278
6. Die potentielle Vorteilhaftigkeit als Rechtfertigungskriterium im Hinblick auf verfassungsrechtliche Anforderungen	281
a) Spezifisch finanzverfassungsrechtliche Anforderungen	281
aa) Exkurs: Das Vorteilsmerkmal im Erschließungsbeitragsrecht	284
bb) Exkurs: Das Vorteilsmerkmal im Kommunalabgabenrecht	288
cc) Kriterien für eine vorteilsneutrale Beitragserhebung	290
b) Der Grundsatz der staatsbürgerlichen Lastengleichheit	293
aa) Individualbezug der potentiellen Vorteilhaftigkeit	295
bb) Kostenveranlassung als Beitragslegitimation?	297
cc) Kostendeckung als alleinige Beitragsrechtfertigung?	300
7. Der Beitrag als Lenkungsmittel	301
8. Resümee	302

6. TEIL: Die abgabenrechtliche Klassifizierung der mitgliedschaftsbezogenen Abgaben 304

A. Verbandsabgaben als Urbild jeder Beitrags- erhebung	305
I. Rechtfertigung der Verbandslast allein aus der Mitgliedschaft?	312
II. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Beitragspflicht zu den niedersächsi- schen Wasserverbänden (BVerwGE 42, 210)	315

	<u>Seite</u>
B. Die Mitgliedsbeiträge zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	320
I. Vorteilsvermutung oder -fiktion als Abgabenrechtfertigung	320
II. Immaterielle Vorteile als Beitragsrechtfertigung	320
III. Die Problematik der bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung	321
1. Die Bemessung korporativer "Beiträge" nach der Leistungsfähigkeit als Hinweis auf deren (materielle) Steuernähe	327
2. Der Zusammenhang von potentieller Vorteilhaftigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	331
a) Die Anknüpfung an das Gesamtinteresse der Kammermitglieder	332
b) Der Zusammenhang von potentieller Vorteilhaftigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit am Beispiel von Industrie- und Handelskammern	333
3. Der Gedanke des sozialen Ausgleichs im Recht der Verbandsabgaben	337
C. Resümee	342